

Buchvoranzeige

Die Gewerkschaftsbewegung nach dem 2. Weltkrieg. Dokumente zur Entwicklung der Gewerkschaften in den Besatzungszonen und der Bundesrepublik Deutschland.

Herausgeber: Ossip K. Flechtheim, Gerhard Beier, Leopold Bergmann, Christoph Buchholtz, Siegfried Mielke.

(Erscheint bei der Europäischen Verlagsanstalt, Köln)

Das verstärkte öffentliche und akademische Interesse an Gewerkschaftsfragen äußert sich in einem sprunghaften Anstieg von Publikationen über Gewerkschaftsprobleme. Gleichzeitig hat die Diskussion und kritische Selbstreflexion innerhalb der Gewerkschaften erheblich zugenommen.

In dieser Situation erscheint es berechtigt und angezeigt, den bisherigen Weg der deutschen Gewerkschaften seit dem Zusammenbruch in Form einer umfassenden Dokumentation nachzuzeichnen.

/. Ziel und Aufgabe der Dokumentation

1. Dokumentation als Dienstleistung: Die geplante Dokumentation ist zunächst gedacht als eine wissenschaftliche Dienstleistung für die interessierte Öffentlichkeit, für Sozialwissenschaftler, Studenten, Teilnehmer in der gewerkschaftlichen und Er-

wachsenenbildungsarbeit, für gewerkschaftliche Funktionsträger und andere. Bislang kann der angesprochene Adressatenkreis auf kein in Umfang und dokumentarischer Sorgfalt hinreichend qualifiziertes Angebot zurückgreifen.

2. Dokumentation als Beitrag zur objektiven wissenschaftlichen Auseinandersetzung: Das Gros der vorliegenden Sekundärliteratur ist auf einer zu schmalen Quellenbasis erarbeitet worden. Gegenüber dieser Praxis, die der Legendenbildung und Fehlinterpretation Vorschub leistet, soll hier ein Beitrag zur objektiven Auseinandersetzung geleistet werden, indem a) repräsentative und relevante Texte ausgewählt werden und Zufallsfunde von fraglicher Relevanz auf ihre marginale Bedeutung reduziert werden, b) authentische Texte ermittelt und publiziert, c) in einzelnen Fällen Varianten, Überarbeitungen, Fälschungen, Verkürzungen, Übertragungsfehler usw. die notwendige Kennzeichnung finden, d) die wichtigsten Fundorte aufgeführt werden und dadurch die seltenen Texte oder Erstveröffentlichungen der wissenschaftlichen Überprüfung zugänglich gemacht werden sollen.

Ziel der Dokumentation soll also die zuverlässige Grundlegung für eine rational und umfassend zu führende, sachlich stichhaltige Diskussion gewerkschaftlicher Probleme sein, wie sie sich in drei Jahrzehnten gewerkschaftlicher Entwicklung spiegeln.

3. Dokumentation als Gesellschaftskritik und Selbstdarstellung: Die Herausgabe von Dokumenten aus dreißig Jahren

Organisationsgeschichte erinnert nachhaltig an gescheiterte Anstrengungen, äußere Repressionen und verlorene Illusionen. Sie belegt zugleich eine Tradition gesellschaftlicher Gegenmacht und ihrer zahlreichen Erfolge als Beitrag zur allgemeinen Emanzipationsgeschichte. Ebenso ermöglicht die Dokumentation Selbstkritik, denn sie gestattet die Überprüfung des Erreichten und der heutigen Zielsetzung an Hand früherer Programme und historischer Erfahrungen, wie sie sich in den Texten niedergeschlagen haben.

Zudem ist die geplante Dokumentation ein Werk kollektiver Selbstdarstellung der Gewerkschaften. Darin liegt Chance und Gefahr der vorgesehenen Dokumentation. Gefahr, insofern eine selbstgefällige Aneinanderreihung stolzer Texte die kritische Zielsetzung beeinträchtigt. Chance aber auch, indem die unbezweifelbaren Leistungen im kritischen Kontext der Gewerkschaftsbewegung helfen können, die verdiente gesamtgesellschaftliche Anerkennung zu finden. Der immer wieder auftauchenden antigewerkschaftlichen Propaganda könnte damit entgegengearbeitet werden. Darüber hinaus versteht sich die Dokumentation als ein Beitrag zur „Bewußtseinsbildung“, d. h. im Sinne des Bewußtwerdens der eigenen Geschichte der Gewerkschaften. Zukunft kann nur gestaltet werden, wenn die eigene Geschichte mit ihren Erfolgen und Fehlern zur Kenntnis genommen und kritisch verarbeitet ist. Damit kann die Dokumentation einen Beitrag für die Weiter- bzw. Neuentwicklung politischer Konzeptionen und Handlungsalternativen liefern.

4. Didaktische Konzeption: Die Anordnung und Aufschlüsselung der Dokumente anhand thematischer Schwerpunkte und nicht einer bloß chronologischen Abfolge soll dem interessierten Laien behilflich sein, sein Informationsbedürfnis zu befriedigen und den Zugang zu den Quellen zu erleichtern. Ebenso wird die Verwendung der Texte durch Kursleiter in der Bildungsarbeit durch eine solche Konzeption wesentlich vereinfacht. Querver-

weise und weiterführende Anmerkungen sollen helfen, den Umfang eines Problems jenseits der notwendig begrenzten Dokumentenauswahl abzustecken.

5. Illustration: Um auch einem stärker visuell als verbal ansprechbaren Publikum die Informationsübermittlung zu erleichtern, sollen die einzelnen Dokumentenbände mit dokumentarischen Illustrationen, d. h. Faksimiles, Fotos, Karikaturen, Reproduktionen von Plakaten, Titelblättern usw. versehen werden, wobei die Herausgeber von der Vorstellung ausgehen, daß eine sachgerechte Illustration die oben angeführten Zielsetzungen zu unterstützen vermag.

//. Schwierigkeiten bei der Erstellung der Dokumentation

Es liegt auf der Hand, daß die ganze Vielfalt dreißigjähriger Gewerkschaftsgeschichte nicht immer im gewünschten Ausmaße in acht Bänden erfaßt werden kann. Zum einen lassen sich wesentliche Entwicklungen in Form einer Dokumentation (besonders deutlich bei den Bänden VI und VII) überhaupt nicht erfassen, zum anderen macht es die räumliche Begrenzung erforderlich, die Fülle des vorhandenen Materials einer Reihe von Auswahlkriterien (s. unten zu den Bänden III bis VIII) zu unterwerfen, die — das läßt sich bereits heute voraussehen — sicherlich nicht überall Zustimmung finden werden. Aus der thematischen Gliederung der Dokumentation folgen besondere Probleme der Abgrenzung zwischen den einzelnen Bänden, die sich wahrscheinlich nicht in jedem Fall befriedigend lösen lassen. So werden zum Beispiel Dokumente zum Kampf um die Mitbestimmung sowohl in den Bänden zur Gründungsphase als auch in den Dokumentationen zur Programmatik, zu Rechtsfragen, zur Stellung der Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft und zu Arbeitskämpfen und Tarifbewegung, und zwar entsprechend ihrer spezifischen Bedeutung für das Thema des jeweiligen Bandes zu berücksichtigen sein. Der thematische Gesamtzusammenhang des Problem-

bereichs Mitbestimmung wird durch ausführliche Querverweise und eine umfangreiche Registratur hergestellt.

Da in den Gewerkschaftsarchiven das vorhandene Material noch keineswegs zusammengetragen ist, würden die Herausgeber eine breite Unterstützung und Mitarbeit all derjenigen begrüßen, die über private Archivbestände verfügen oder von deren Existenz Kenntnis haben.

///. Gliederung der Dokumentation

Die Dokumentation zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung nach dem 2. Weltkrieg soll insgesamt 8 Bände und einen Registerband umfassen. Jeder Band wird eine ausführliche Einleitung enthalten, die die Dokumente in den historischen Kontext stellt, den Stellenwert der bedeutendsten Dokumente im gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsprozeß nach 1945 aufzeigt, die Auswahl und Relevanzkriterien transparent macht und auf unvermeidliche Lücken hinweist. Die Gliederung der Dokumentation in die einzelnen Bände folgt nicht chronologischen, sondern thematischen Gesichtspunkten. Jeder Band selbst wird wiederum thematisch aufgeschlüsselt. Lediglich innerhalb der einzelnen inhaltlichen Abschnitte soll in der Regel chronologisch vorgegangen werden.

In den Bänden I und II soll die Neugründung der Gewerkschaften nach 1945 dokumentiert werden.

Band III: Programmatik

Der dritte Band wird die wichtigsten Dokumente zur gewerkschaftlichen Programmatik nach dem 2. Weltkrieg und — soweit nicht bereits in den ersten beiden Bänden berücksichtigt — für die Zeit des Nationalsozialismus die programmatischen Vorstellungen der verschiedenen Emigrantengruppen und der in der Illegalität arbeitenden Gewerkschaftsgruppen über den Neuaufbau der Gewerkschaften nach dem Ende des Nationalsozialismus umfassen.

Band IV: Organisation der Gewerkschaften und innergewerkschaftliche Willensbildung 1950—1970

In diesem Band geht es weniger um die isolierte Betrachtung formeller Organisationsstrukturen und technischer Abläufe von Willensbildungsprozessen als vielmehr um die Dialektik von Form und Inhalt. Es soll also deutlich gemacht werden, daß die Arbeit der Organisation als Organisation der Arbeit auf die Verwirklichung sozialer Inhalte gerichtet ist. Der Zweck des Organisationsprinzips der Einheitsgewerkschaft ist deutlich zu machen, ebenso die Organisationsfrage als Machtfrage und das Problem der innerorganisatorischen Gewaltenteilung, der Meinungs- und Willensbildung als Problem der Verbandsdemokratie.

Band V: Rechtliche Grundlagen gewerkschaftlicher Organisation und Tätigkeit

Die rechtlichen Grundlagen gewerkschaftlicher Tätigkeit und Organisation waren in den letzten dreißig Jahren für die gesellschaftliche Entwicklung mitbestimmend.

Nach dem Sieg über den Faschismus setzten die Alliierten mit ihren Regelungen in bezug auf die sich wieder organisierende Arbeiterbewegung entscheidende Orientierungspunkte. Daneben soll dokumentarisch belegt werden, in welchem Ausmaß die Rechtsstellung der Gewerkschaften im parlamentarisch-demokratischen Deutschland beeinflußt wurde durch Erfahrungen und Entwicklungen aus der Zeit der Weimarer Republik.

Die Darstellung der Entwicklung des Mitbestimmungs- und Betriebsverfassungsrechtes bildet einen weiteren wichtigen Komplex.

Besonderes Gewicht muß im Rahmen des Bandes V der Dokumentation über die Rolle der Rechtsprechung für die Arbeitsbeziehungen — respektive das Tarif- und Streikrecht — zukommen.

Band VI: Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft

Der Titel dieses Bandes stellt zweifellos einen Anspruch, den eine *Dokumentation*, zumal in dem anvisierten Umfang, nicht befriedigend einlösen kann. Hier werden Grundfragen des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses und Selbstbewußtseins angesprochen, die die inner- und außergewerkschaftliche Auseinandersetzung um Funktion und Strategie seit den Anfängen der Organisation bestimmt haben.

Grund und Begründung des gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsanspruchs und dessen konkret politische Ausprägungen in über 25 Jahren bundesrepublikanischer Sozialgeschichte müssen hier ebenso deutlich gemacht werden wie die Stabilisierungs- und Integrationsleistungen für das komplexe Gefüge einer kapitalistisch verfaßten Industriegesellschaft und die Steuerkapazität ihres politischen Systems.

Gleichermaßen zentral für die Einlösung des autonomen Gestaltungsanspruchs wie für die Einflußnahme auf staatliches Entscheidungshandeln ist die Bedeutung des Verhältnisses der Gewerkschaften zunächst zu den Parteien, dann aber auch zu den wichtigsten organisierten und unorganisierten gesellschaftlichen Gruppen.

Band VII: Arbeitskämpfe und Tariffbewegung 1950—1970

In diesem Band ist der klassische Doppelcharakter gewerkschaftlichen Vorgehens zu dokumentieren, der bereits in der ansatzweise entwickelten Marxschen Gewerkschaftstheorie herausgearbeitet wurde und heute mit Begriffen wie „Ordnungsfaktor und Gegenmacht“ oder „kooperative und konfliktorische“ Gewerkschaft

charakterisiert wird. Freilich geht es in diesem Einzelband nicht um die gesellschaftswissenschaftliche und politologische Perspektive dieser Doppelfunktion, sondern um ihre Spiegelung in den gewerkschaftlichen Aktionen, den geregelten Auseinandersetzungen um Verbesserungen der Tarifverträge und in offenen Kämpfen jenseits der „Friedenspflicht“. Diese Aktionen stellen sich dar als partnerschaftlicher Verteilungskampf innerhalb der freien/sozialen Marktwirtschaft, aber auch als lohnpolitisch verkappter Klassenkampf, bis hin zur offenen Auseinandersetzung um die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse.

Band VIII: Die internationalen Beziehungen der deutschen Gewerkschaften seit 1945

Der Internationalismus ist zwar von Beginn an ganz wesentlicher Teil des politischen Credos praktisch aller Organisationen der Arbeiterklasse. Seine praktische Bedeutung für den Kampf der Gewerkschaften aber blieb, vor allem nach zwei Weltkriegen, den Blockbildungen des Kalten Krieges, nach der endgültigen Etablierung des Keynes'schen Interventionsstaates und schließlich, vor allem in Deutschland, nach der einseitigen Konzentration auf den nationalen wirtschaftlichen Wiederaufbau eher gering. Erst die zunehmende Integration des kapitalistischen Weltmarktes und die zunehmende Einbeziehung auch des Ostblocks, die drängenden Probleme der „Dritten Welt“ und die Auflösung der starren ideologischen Fronten mit ihren einfachen, schematischen Verhaltensmustern machte auch für die deutschen Gewerkschaften die Notwendigkeit einer aktiveren „Außenpolitik“ zunehmend deutlich.

Siegfried Mielke, Berlin

Buchbesprechungen

Hanns Martin Schleyer

Das soziale Modell

Seewald Verlag, Stuttgart, 200 S., Ln. 29,80 DM,
kart. 16,80 DM

Vor einigen Monaten erschien bereits in der zweiten Auflage ein Buch, das in Anbetracht der Bedeutung des Verfassers in der gewerkschaftlichen Öffentlichkeit bislang zu wenig Aufmerksamkeit gefunden hat: Hanns Martin Schleyers „Das soziale Modell“. Das Handelsblatt meint dazu: „... eine logisch geschlossene Philosophie“ und im Klappentext des Buches ist zu lesen, es handele sich um ein in der Öffentlichkeit von Unternehmerseite seit langem erwartetes Buch „über die Wirtschaftsordnung, die keinem Dogma dient, sondern dem Menschen“.

Mit dem Menschen beginnt Schleyer denn auch in seiner Abhandlung. Ihn stellt er in den Mittelpunkt seines „sozialen Modells“, da der Mensch als Mangelwesen immer auch Gemeinwesen sei. Eine vernünftige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung müsse mehrere Kriterien erfüllen. Zunächst setzt sich der Präsident der Deutschen Arbeitgeberverbände mit der Freiheit auseinander. Auszugehen sei davon, „daß der Mensch durch einen mächtigen natürlichen Freiheitsdrang gekennzeichnet ist“. Schleyer umgeht es aber, zu benennen, was die Freiheit konkret ausmacht. Er beschäftigt sich nicht mit der Frage, wozu bzw. wovon jeweils Freiheit besteht. Um es deutlich zu machen: Wie frei ist jemand, der sich in die betriebliche Hierarchie einzuordnen hat? Wie frei entfaltet sich die Existenz eines Schichtarbeiters, dessen Lebensrhythmus durch die Art seiner Beschäftigung zerstört wird?

Aus dem gesellschaftlichen Ziel der Gerechtigkeit leitet Schleyer die Notwendigkeit einer ungleichen Verteilung ab. „Die zuteilende Gerechtigkeit gibt jedem, was ihm gebührt — nach seinen Leistungen ... Sie schafft daher gerade nicht Gleichheit, sondern ganz im Gegenteil Ungleichheit, und zwar eine sozioethisch unerschütterlich fundierte.“ Hierzu stellen

sich zwei Fragen. Zum einen impliziert diese Ableitung, daß die Vermögenden der Gesellschaft eine höhere Leistung erbringen als die Nicht-Vermögenden (was Schleyer ernstlich wohl selbst nicht meinen kann). Zum anderen hat demnach ein Arbeiter, der nach zwanzigjähriger Fließarbeit arbeitsunfähig geworden ist, der also nichts mehr leistet, von der zuteilenden Gerechtigkeit (man beachte den Begriff!) nichts mehr zu erwarten. Hier zeigt sich eindeutig, daß die ethische Begrifflichkeit bemüht wird, um die bestehenden Eigentums- und Vermögensverhältnisse zu rechtfertigen.

Überhaupt scheint Schleyers Blick für die Verteilungsproblematik getrübt zu sein. Die einzig mögliche Art für die Arbeiter und Angestellten, bei der Verteilung geschaffener Werte nicht immer weiter zurückzufallen, die Aufbesserung der Löhne und Gehälter, wird von Schleyer mit dem Hinweis auf die imaginäre Lohn-Preis-Spirale abgetan. Dazu bemüht er als statistisches Material folgende Daten: Der Index der Lebenshaltungskosten habe sich von 1962 bis 1973 von 100 auf 148, der Index der industriellen Erzeugerpreise von 100 auf 124, dagegen der Index der Löhne von 100 auf 235 erhöht. Daraus leitet er eine dem Gesamtwohl verpflichtete unternehmerische Preisdiziplin ab, der maßlose Lohnaufbesserungen gegenüberstünden. Schleyer konstruiert hier einen Zusammenhang, der sachlich nicht haltbar ist. Zudem verzichtet er darauf, die Entwicklung der Unternehmereinkommen in die Argumentation einzubringen. Das sei hier nachzutragen: Im selben Zeitraum (1962 bis 1973) wuchs das Nettoeinkommen je Unselbständigem von 6280 DM auf 14 100 D-Mark (Steigerung um 124,5 %), das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wuchs aber pro Kopf von 23 200 DM auf 64 700 DM (Steigerung um 178,9 %)*. Hier zeigt es sich, daß

*) errechnet aus: Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Arbeits- und Sozialpolitik. Statistiken, Bonn 1974, Tab. 1.8 Volkseinkommen, Nettoverteilung und Erwerbstätige nach ihrer Stellung im Beruf, in Stat. Jahrbuch für die BRD 1974, S. 137

Schleyer mit statistischem Material so umgeht, wie es der Interessenlage der von ihm repräsentierten Gruppe entspricht! Daten, die (sei es sachlich gerechtfertigt oder nicht) in seine Argumentation passen, nimmt er auf. Dagegen verzichtet er auf solche, die die Interessenlage der Arbeitnehmer illustrieren könnten.

Konsequent, wie Schleyer ist, lehnt er im folgenden den „totalen Versorgungsstaat“ ab. Ein umfassendes Sozialversicherungssystem habe zur Folge, daß „der einzelne entwöhnt (werde), sich selbst Hilfe zu leisten ... In einem solchen System wird immer, damit der Mechanismus möglichst reibungslos funktioniere, die starke Tendenz herrschen, die Lebensläufe dem Schema der Versorgung anzugleichen ... So wird die Selbstbestimmung durch kollektive Fremdbestimmung abgelöst.“

Das Begriffspaar Selbstbestimmung — Kollektivismus zieht sich wie ein gedanklicher Leitfaden durch das gesamte Buch. Mit Selbstbestimmung werden Marktwirtschaft, Freiheit der Arbeitsplatzwahl und der Konsumententscheidung, unternehmerische Initiative sowie Privateigentum an Produktionsmitteln assoziiert. All diese Werte sind — wenn man Schleyers Darstellung glaubt — auf undurchsichtige Weise bedroht von Gewerkschaften, Systemveränderern, Teilen der SPD und selbst Institutionen wie den Sozialversicherungen (siehe oben). Insgesamt betrachtet zeichnet Schleyer das Bild einer durch göttlichen Willen gegebenen Natürlichkeit des Menschen, deren zentrale Werte durch christlich abendländische Traditionen geformt sind. Bezeichnenderweise entspricht das für Schleyer daraus folgende „Soziale Modell“ weitgehend dem gesellschaftlichen Status quo, was Eigentum, Vermögen und Macht zur Durchsetzung von Gruppeninteressen betrifft. An jeder einzelnen Passage des Buches ließe sich das demonstrieren. Wozu Schleyer sich auch äußert, überall schaut das Weltbild eines konservativen Unternehmerinteresses heraus.

Dazu noch zwei Beispiele:

1.) Schleyers Äußerungen über Demo-

kratie. Für Schleyer ist Demokratie vor allem ein Organisationsprinzip im politischen Bereich. Der politische Bereich beschränkt sich dabei auf die staatlichen Institutionen. Dort sei Demokratie als Prozeß der Entscheidungsfindung mit Bildung von Mehrheiten sinnvoll, eine Übertragung auf andere gesellschaftliche Bereiche sei abzulehnen. Das habe seine Begründung in den vorgegebenen Menschenrechten (von Schleyer *Realprinzip* im Gegensatz zu *Formalprinzip* genannt). „Demokratie kann es nur unter Gleichen geben ... Die Menschen sind aber als Individuen von Natur aus ungleich ..“ Mitbestimmung führe daher zur Herrschaft der Inkompetenten. Darin sei erst der Anfang für eine Selbstzerstörung des Staates zu sehen. Wenn die Angehörigen der verschiedenen sozialen Institutionen mitbestimmen, führt das — so Schleyer — zur Verselbständigung gegenüber dem gesellschaftlichen Ganzen mit der Konsequenz einer Aushöhlung der staatlichen Integrationsfunktion. „Wenn die Mitbestimmungsrechte der Personalräte bei Behörden so weit getrieben werden, daß diese Gremien über die Ausführung von Gesetzen zu befinden haben, dann sieht sich die staatliche Autorität relativiert und schließlich gelähmt.“ Schleyers zentraler Gedanke ist hier die Ungleichheit der Menschen, die für ihn eine natürliche, keine soziale ist. Wieder wird also die Chance, Eigentum, gesellschaftlichen Einfluß und menschenwürdige Lebensbedingungen zu haben, auf scheinbar übergeordnete Instanzen zurückgeführt. Die menschliche Ungleichheit, die Schleyer die Mitbestimmung ablehnen läßt, ist die Ungleichheit der 85 % und der 9,6 %, von denen die ersten vom Verkauf ihrer Arbeitskraft, die letzteren vom Ertrag derselben leben. Die daraus resultierende unterschiedliche Interessenlage konstituiert die Notwendigkeit, daß Einfluß auf Investitionsentscheidungen genommen wird. Daran hängt die Sicherheit von Arbeitsplätzen. Sie konstituiert des weiteren die Notwendigkeit, daß Einfluß auf die Arbeitsbedingungen genommen wird. Daran hängen Belastungen, die einen Verkauf der

Arbeitskraft bereits vor Erreichen der Altersgrenze unmöglich machen können.

Der zweite Argumentationspunkt Schleymers besteht in den „Sachzwängen“, die ebenso vorgegeben erscheinen wie die menschliche Ungleichheit. Die Sachzwänge machen demnach Diskussionen und die Beteiligung aller unmöglich. Übersehen wird dabei nur, daß diese „Zwänge“ sozial entstanden und damit sozial veränderbar sind. Das gilt für Produktionsbedingungen wie für staatliche Institutionen und Gesetze. Auch hier läßt sich wieder Schleymers Plädoyer für den Status quo entlarven.

2.) Schleymers Darstellung der Unternehmer-Persönlichkeit. Der Unternehmer vollbringt nach Schleyer schöpferische Leistungen, da er „unternimmt“, „also etwas zur Existenz ruft, was es bisher nicht gegeben hat“. Schöpferische Akte gehören zur permanenten Tätigkeit des Unternehmers. Wettbewerbsfähigkeit, Ertragsfähigkeit, Sicherung der Arbeitsplätze sind „Kulturleistungen, deren Rang dem künstlerischen Schaffen gleichzuordnen ist“. Der Unternehmer ist aber — jedenfalls nach Schleyer — noch viel mehr. Er ist Reformator, da er durch neue Produktionstechniken die Lebensbedingungen der Menschen verändert. Der Unternehmer ist Risikoträger, sein Betrieb kann mit Verlust enden. Der Unternehmer ist ein außerordentlicher Organisator, da er ständig Kapital, Arbeit, Rohstoffe und Technik optimal kombinieren muß. Der Unternehmer vollbringt eine vorzügliche kaufmännische Leistung, er kalkuliert, plant, disponiert, er motiviert die Belegschaft. Die „betriebliche Leistungsgemeinschaft“ bringt unter seiner Leitung Hervorragendes: Sie „mobilisiert Begabungen, die sonst brachgelegen hätten, ... sie setzt menschlichen Geist und menschliche Fähigkeiten gleichsam frei. . . durch die Herausforderung zur Lösung jeweils neuer Aufgaben“. Daß es in der „betrieblichen Leistungsgemeinschaft“ Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten, dequalifizierte Tätigkeiten und monotone Arbeitsbedingungen gibt, ist Schleyer scheinbar noch nicht aufgefallen. Wie weit die religiös an-

mutende Überhöhung der Unternehmer-Persönlichkeit geht, zeigt sich in der von Schleyer entdeckten „divinatorischen Gabe“, über die ein Unternehmer verfüge. Hier erhalten die über private Produktionsmittel Verfügenden göttliche Qualitäten zugeschrieben, die es ermöglichen, unter mehreren Entscheidungsalternativen die jeweils richtige zu finden.

Armer Arbeiter, der Du nicht mit solchen Qualitäten ausgestattet bist!

Klaus Westermann

Werner Meißner Investitionslenkung

Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M.
1974, 144 S., 9,80 DM.

Seit einigen Jahren ist in der Bundesrepublik die wissenschaftliche und politische Diskussion um staatliche Investitionslenkung in Gang gekommen. Den nun schon zahlreichen Aufsätzen zu diesem Thema fehlt jedoch meist die breitere theoretische Fundierung und eine detaillierte Ausformulierung der Konzeption. Das Buch von *Werner Meißner* schließt diese Lücke. Es ist die erste eingehendere und ausgereifte Studie über den Problemkomplex Investitionslenkung.

Drei mögliche Zielsetzungen kommen für investitionslenkende Maßnahmen in Frage: eine stabilitätspolitische, eine strukturpolitische und eine gesellschaftspolitische. In allen drei Bereichen bestehen für eine moderne Wirtschaftspolitik — wie sie u. a. auch von den Gewerkschaften angestrebt wird — noch unzureichend oder überhaupt nicht gelöste Probleme für die eine Investitionslenkung denkbare Lösungsalternativen darstellt. Der geringe Erfolg konjunkturepolitischer Globalsteuerung wird zur Zeit gerade wieder offensichtlich, der als notwendig erkannten Veränderung der Industriestruktur steht der Staat noch relativ hilflos gegenüber, und für die Steuerung der Produktionsstruktur nach gesellschaftspoli-

tischen Kriterien sind noch keine Ansätze vorhanden. Meißner zeigt die Bedeutung der Investitionslenkung für die Bewältigung dieser Probleme auf. Einen breiten Raum nimmt dann die Entwicklung und Überprüfung möglicher Instrumente und Institutionen investitionslenkender Maßnahmen ein: von der Beeinflussung der Investitionsstruktur mittels Öffentlicher Nachfrage, über indirekte Maßnahmen bis zu den direkten generellen und selektiven Eingriffen. Dabei wird eingehend auf die in der BRD schon bestehenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen mit investitionssteuerndem Charakter eingegangen und ihre relativ konzeptionslose Ausgestaltung aufgezeigt. Man gewinnt dadurch im Argumentationsverlauf einen kritischen Einblick in die Investitionspolitik der Nachkriegszeit. Der Autor bleibt jedoch nicht in der Detailanalyse stecken, sondern bewertet zum Schluß seines Buches die Investitionslenkung in einer kapitalistischen Marktwirtschaft unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten. Er skizziert einen zwischen Liberalismus und Sozialismus angesiedelten Neumerkantilismus, der Raum sowohl für eine reformistische als auch für eine systemändernde Politik des Staates läßt.

Das Buch von Werner Meißner zeichnet sich dadurch aus, daß es theoretische, ideologiekritische, politische und empirische Argumente vereint und konzeptionell ausgereift ist. Es liefert einen grundlegenden Beitrag zur Meinungsbildung in der aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussion und eignet sich gleichfalls für den Lehrbetrieb. Daher ist der relativ günstige Preis von 9,80 DM erfreulich.

Hans-Adam Pfromm

Gunnar Myrdal Anstelle von
Memoiren Kritische Studien zur
Ökonomie

Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/Main 1974, 324 S., 36,—DM.

Professor *Myrdal*, weltbekannt durch seine Forschungsarbeiten in den USA und in Südasien sowie seinen bedeutenden Einfluß auf die sozialen Verhältnisse in seinem

Heimatland Schweden und durch seine dort entstandenen Bücher politisch-ökonomischen Inhalts, hat im vorliegenden Band das Fazit seiner Forschertätigkeit gezogen. Ihm als besonders wesentlich erscheinende Teile aus früheren Veröffentlichungen sind hier zusammengestellt und zum Teil erweitert worden, wobei der innere Zusammenhang vor allem deutlich zutage tritt. Myrdal schreibt so klar und leicht verständlich, daß sein Buch auch ökonomisch und politisch Interessierten empfohlen werden kann, die vor reiner Fachliteratur zurückschrecken könnten. Das Buch umfaßt vier Themenkreise:

— Spezielle Wirtschaftsfragen wie die Entstehung von Inflation und Stagflation, die im allgemeinen zu einseitig gesehene Bedeutung des Bruttosozialprodukts und kritische Bemerkungen zu seiner Zusammensetzung, ökonomische Aspekte der Umweltsanierung, Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft in den internationalen Beziehungen u. a. m.

— Eine kritische Auseinandersetzung mit bisherigen Wirtschaftstheorien und den Sozialwissenschaften allgemein; Herausarbeitung des Gegensatzes zwischen Natur- und Geisteswissenschaften.

— Die Probleme unterentwickelter Länder und im Anschluß hieran eine besondere Behandlung der Lage und Zukunftsmöglichkeiten Indiens.

— Eine Auseinandersetzung mit Kritikern seines, die Politik der USA scharf anprangernden Buches „Amerikanisches Dilemma“ und seine Hoffnung auf ihre zukünftige Entwicklung (besondere Hoffnungen auf die Jugend).

Den Abschluß bilden Anmerkungen zum „Marxismus“ (in Anführungsstrichen, weil er so häufig falsch interpretiert werde) und zur Bedeutung von *Marx* selbst. Myrdal nennt Marx einen großen Klassiker in der Geschichte der Wirtschaftswissenschaften und Pionier der institutionellen Schule der Nationalökonomie (Ineinanderwirken von Ökonomie und politischen und anderen gesellschaftlichen Institutionen). Ihr

weist Myrdal für die Gegenwart und nähere Zukunft die führende Rolle zu. Ohne auf Einzelheiten der Marxschen ökonomischen Thesen einzugehen, kritisiert Myrdal: Marx habe nicht erkannt, daß ökonomische Forschung immer und zwangsläufig mit bestimmten Wertungen verknüpft sei; deshalb habe er fälschlich alle eigenen Meinungen für wissenschaftlich und objektiv gehalten.

Seine eigene Forschungsmethode beschreibt Myrdal folgendermaßen: „Ich schreibe meine Bücher von bestimmten klar deklarierten Wertvoraussetzungen. Ich studiere die Wirklichkeit und untersuche, wie diese Wirklichkeit aufgrund meiner Wertvoraussetzungen verändert werden kann.“ Myrdal bezeichnet sich in weltanschaulicher Hinsicht als Nachfahr der Aufklärungszeit, die vom Glauben an Vernunft und Fortschritt geprägt war. Aber auch damit hat er Gemeinsames mit Marx und Engels. Sie waren unmittelbare Nachfahren dieser Zeit. Ihren politischen Stellungnahmen lag das aus der Aufklärungszeit resultierende Streben nach Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit zugrunde, und das ist es wohl auch, was ihre noch heute so starke Anziehungskraft, insbesondere auf Jugendliche, erklärt.

Irmgard Enderle

Hans-Dieter Weger

Sozialpolitische Analyse der Konjunkturpolitik

(Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 204), Duncker & Humblot, Berlin 1973, 219 S., 48,60 DM.

Der Autor untersucht, wie sich Konjunkturlagen und konjunkturpolitische Maßnahmen (Geld- und Fiskalpolitik) auf die Lebenslagen der Arbeitnehmer und der Sozialleistungsempfänger auswirken, inwieweit konjunkturpolitische Maßnahmen mit sozialpolitischen Zielen in Widerspruch geraten.

Der Wert dieser Arbeit kann insbesondere darin gesehen werden, daß ein guter Überblick über Theorien und empirische Ergebnisse hinsichtlich einer spezifischen

(sozialpolitischen) Problemstellung geboten und dadurch heuristische Anstöße für detaillierte Analysen gegeben werden.

Vom Verfasser hätte man sich allerdings mehr kritische Distanz gegenüber den herrschenden Lehrmeinungen gewünscht. So jagt in dieser Arbeit ein Literaturhinweis den anderen, auch die banalsten Aussagen werden durch Fußnoten „belegt“. Häufig werden Aussagen, in denen die Dann-Komponente eine logische Ableitung der Wenn-Komponente darstellt, als empirische Aussagen dargeboten, z. B.: „Es ist somit offensichtlich, daß durch die Anhebung der Kostenmieten der Erfüllung des Ziels, den sozial Schwachen den erforderlichen Wohnraum zu tragbaren Mieten zu überlassen, entgegengewirkt wird“ (S. 109). Diese Aussage besagt nicht mehr, als daß hohe Mieten dem Ziel „niedriger Mieten“ widersprechen. Derartige Beispiele ließen sich mehrfach anführen. Auch ist zu bedauern, daß empirisch gehaltvolle Aussagen nicht anhand leicht verfügbarer Statistiken vom Autor selbst überprüft, sondern durch Literaturverweise abgehandelt werden.

Fazit: Ein guter Literaturbericht, aber nur wenig kritische Analyse.

Erich Standfest

Ingolf Metze

Soziale Sicherung und Einkommensverteilung

(Sozialpolitische Schriften, Heft 34), Duncker & Humblot, Berlin 1974, 170 Seiten, 48,— DM.

Der Verfasser untersucht die Wirkungen, die von den wichtigsten Einnahmen und Ausgaben zur sozialen Sicherung (so weit es sich um Geldleistungen handelt) der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung auf die verfügbaren Einkommen der Privathaushalte ausgehen, wobei sich die empirischen Ergebnisse weitgehend auf den sogenannten Standardhaushalt (4-Personen-Haushalt mit durchschnittlichem Arbeitnehmereinkommen) beziehen. Durch die Anwendung versicherungsmathe-

matischer Grundsätze auf die Finanzierung der Sozialversicherungsleistungen erreicht er eine rechnerische Trennung der tatsächlichen Beiträge in einen „risikogerechten“ und einen „Umverteilungs“-Anteil. Für Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften geht er von der Annahme einer Finanzierung durch proportionale Besteuerung der Leistungseinkommen aus. Der Umverteilungseffekt wird gemessen als Differenz zwischen dieser fiktiven Abgabe und den tatsächlich dem Haushalt zufließenden Transferzahlungen bzw. den durch die Haushalte tatsächlich geleisteten Abgaben. Das heißt also, Finanzierung über risikogerechte Beiträge und proportionale Besteuerung wird als verteilungsneutral bezeichnet.

Die Zielsetzung des Verfassers ist darin zu sehen, durch eine derartige kontenmäßige Aufschlüsselung von Umverteilungsvorgängen und „verteilungsneutraler“ Finanzierung die Wirkung staatlicher Eingriffe auf die Einkommensverteilung sichtbar zu machen, politischen Entscheidungen und Nutzenüberlegungen privater Haushalte über kollektive Geldleistungen eine stärkere Informationsbasis zu geben.

Sowohl Intention des Verfassers als auch Durchführung der empirischen Kleinarbeit sind sehr begrüßenswert, auch wenn der Informationswert der Ergebnisse niemanden vom Stuhl reißen dürfte (was allerdings keineswegs dem Verfasser angelastet werden darf). Solange aber die Voraussetzungen einer umfassenden empirischen Forschung zu Verteilungsfragen (statistisches und theoretisches Instrumentarium, institutionelle Kapazitäten) unzureichend sind, müssen eben Mosaiksteinchen von verschiedenen Ansatzpunkten (und unter Zuhilfenahme theoretischer und empirischer Fiktionen) zusammengetragen werden. Gerade deswegen, um die Einordnung in den größeren Zusammenhang von Verteilungsfragen zu erleichtern, hätte man sich eine intensivere theoretische Diskussion in dieser Arbeit gewünscht.

Erich Standfest

Renate Meyer-Harter

Die Stellung der Frau in der Sozialversicherung — Lageanalyse und Reformmöglichkeit

(Sozialpolitische Schriften Heft 35) Duncker & Humblot, Berlin 1974, 191 Seiten, 58,60 DM.

Die Verfasserin untersucht umfassend die formal-rechtlichen Regelungen zur Sicherung der Frau in der gesetzlichen Sozialversicherung, die Auswirkungen auf die materielle Sicherung und diskutiert Vorschläge zur Verbesserung. Die Ergebnisse: Die formal-rechtliche Stellung der erwerbstätigen Frau entspricht der des Mannes, gegenüber einigen Risiken ist sie sogar besser gesichert. Dieser rechtlichen Gleichstellung steht allerdings eine erheblich schlechtere materielle Sicherung gegenüber. Die Gründe dafür werden in weniger qualifizierter Ausbildung und der schlechteren Entlohnung der Frauen gesehen, was bei der Struktur des Sozialversicherungssystems (Äquivalenzprinzip) zu niedrigeren Geldleistungen führen muß. Für die nicht-erwerbstätige Frau gilt, daß sowohl die rechtliche als auch die materielle Sicherung unzureichend sind. Dies gilt vor allem für die Mängel der akzessorischen Sicherung für den Tatbestand Alter.

Die Grenzen von Reformmöglichkeiten werden im wesentlichen durch gesellschaftliche Wertvorstellungen über die Rolle der Frau und deren Konsequenzen gesteckt. Die außerhalb des Sicherungssystems liegenden Ursachen für die materielle Schlechterstellung der Frau (Ausbildung, Entlohnung, geringere Erwerbstätigkeit) lassen sich kurzfristig nicht überwinden. Hier wird die Sozialversicherung kurzfristig verstärkt durch kompensatorische Maßnahmen eingreifen müssen. Ansatzpunkte für Reformen werden gesehen in stärkerer Interessenvertretung der Frauen, in verstärkten Sozialinvestitionen und Arbeitsförderungsmaßnahmen, die die Erwerbstätigkeit erleichtern und einer Neuorientierung des Familienlastenausgleichs und der Pflichtversicherung (eigenständiger Anspruch der Frau statt akzessorischer Sicherung).

Fazit: Eine klare theoretische und deskriptive Analyse mit ziemlich umfassendem empirischen Material (das im Anhang ausführlich dargestellt ist) und einer realistischen Perspektive für Reformmöglichkeiten.
Erich Standfest

Winfried Schmähl

Systemänderung in der Altersvorsorge

(SPES-Projekt, Sozialpolitisches Entscheidungs- und Indikatorensystem für die Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe Band 3), Westdeutscher Verlag, Opladen 1974, 294 Seiten, kart., 49,— DM.

Die nicht zu leugnenden Mängel unseres Systems der Altersversorgung haben schon immer den Wunsch provoziert, durch grundsätzliche Änderung des Systems die bestehenden Disproportionalitäten zu beseitigen. Von verschiedenen Gruppen und aus unterschiedlichen Werthaltungen heraus wurde die Einführung einer aus allgemeinen Steuermitteln finanzierten Sockelrente gefordert. In der vorliegenden Untersuchung werden Probleme und Konsequenzen analysiert, die mit einer derartigen Systemänderung verbunden wären. Der Autor überprüft mit Hilfe von Theorien und empirischen Ergebnissen, inwieweit die postulierten Ziele durch ein Sockel-

rentensystem erreicht werden können. Es gelingt ihm nachzuweisen, daß die häufigsten Argumente, die zur Begründung dieser Forderung angeführt werden (das Vermögensbildungsargument, Freiheit und Sicherheit), auf Prämissen beruhen, die im Lichte empirisch gehaltvoller Aussagen als Fiktionen erscheinen.

Bemerkenswert an diesem Buch erscheint mir vor allem, daß durch die Anwendung wissenschaftlicher Theorien (und dem engen Konnex zu empirischen Aussagen) auf den sozialpolitischen Objektbereich ein wesentlicher Beitrag zu einer Theorie der Sozialpolitik geleistet wird, ganz unabhängig von der Aktualität des untersuchten Gegenstandes selbst. Was den Gegenstand selbst betrifft, so ergibt sich für mich als Konsequenz aus den Ergebnissen, daß das Unternehmen „Systemänderung durch Sockelrente“ nicht lohnt, einmal wegen der nicht geringen Schwierigkeiten in einem langen Umstellungszeitraum, zum zweiten wegen des nicht gerade überzeugenden Zielerreichungsgrades einer derartigen Maßnahme. Fazit: Eine bemerkenswerte Veröffentlichung, sowohl als Beitrag zur Theoriebildung als auch zur Beratung der Politik.
Erich Standfest